



WIEDERHOLUNGSWAHL 2023

Die Wirtschaft fragt, die Politik antwortet – 5 Fragen zum Wirtschaftsstandort

Die Parteien und Fraktionen aus dem Abgeordnetenhaus wurden gebeten, Antworten zu fünf wirtschaftspolitischen Fragen zu geben. Dabei geht es unter anderem um Fachkräfte, Gewerbeflächen oder die Verwaltungsmodernisierung

Frage 1:	Aktuell erreicht die Hälfte aller Berliner Schüler nicht die Mindeststandards in Deutsch, Mathe und Lesen. Dies macht Ausbildungsbetriebe und Hochschulen zu Reparaturbetriebe einer schlechten Schulqualität. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um diese Zahl in der Legislatur zu halbieren?
SPD	Zur Bewältigung von psychosozialer Belastung und Lernlücken infolge der Pandemie unterstützen wir die Schulen mit „Stark trotz Corona“. Für eine bessere Personalausstattung werden Lehrkräfte wieder verbeamtet. Es stehen zusätzliche Mittel für das Lehramtsstudium zur Verfügung. Es wird ein Landesinstitut zur zentralen Steuerung von Aus-, Fort- und Weiterbildung geschaffen. Ausbildungsbegleitende Sprachkurse sollen Berufsschüler:innen unterstützen.
Grünen	Nicht zuletzt die Pandemie belastet Schüler*innen stark. Das wirkt sich auf ihre Kompetenzen und psychosoziale Situation aus. Wir müssen mehr MINT-Lehrkräfte gewinnen und Schulen in schwieriger Lage stärker unterstützen. Schule kann nicht alle Probleme lösen, daher fördern wir mit Grifffbereit und Rucksack Sprachbildung in der Familie. Zudem stärken wir die psychosoziale Versorgung, zB mit mehr Mitteln für Familienberatungsstellen und Schulpsychologie.
CDU	Wir werden Vorschulen wieder einführen, um Kinder bereits vor der Einschulung zielgerichtet zu fördern. In den Schulen muss Lesen, Schreiben und Rechnen wieder mehr in den Mittelpunkt, Stichwort Ausbildungsreife. Unser Ziel ist eine 110-prozentige Ausstattung mit Lehrkräften an jeder Schule. Dafür werden wir die Abordnungsstunden grundständig qualifizierter Lehrkräfte reduzieren und eine Übernahmegarantie sowie zusätzliche Stipendien einführen.
Linke	Um die Schulqualität und die Leistungen der Schüler*innen zu verbessern, setzt sich DIE LINKE. Berlin u.a. dafür ein, eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte, Erzieher*innen, Integrationsfacherzieher*innen und Sozialarbeiter*innen zu starten. Unser Ziel sind u.a. jährlich 3.000 beendete Lehramtsabschlüsse in Berlin. Darüber hinaus müssen die Investitionen in Schulneubau und -sanierung im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive konsequent fortgesetzt und umgesetzt werden.
AfD	Die AfD will die Grundfertigkeiten – Lesen, Schreiben und Rechnen – stärken und die Rahmenlehrpläne überarbeiten. Ziel muss es sein, dass Schulabgänger wieder eine echte Ausbildungsreife bzw. Studierfähigkeit erlangen. Die dafür entscheidenden Inhalte müssen stärkere Verbindlichkeit erhalten, an anderen Stellen sollten die Curricula schlanker werden.
FDP	Wir fordern die besondere Stärkung der Schuleingangsphase mittels einer Entwicklungsdiagnostik für Sprachfähigkeit, Rechenfähigkeit und Selbstregulation. Weiterbildung und Fortbildung des Lehrpersonals, tragen maßgeblich zur Sicherung der pädagogischen Qualität für das Leitbild des qualitätsgesteuerten Unterrichts bei. Darüber hinaus muss die Digitalisierung der Schulen und die digitale Befähigung des Lehrpersonal beschleunigt werden.



Frage 2: Wie wollen Sie die hiesigen Unternehmen bei der Fachkräftesuche unterstützen?

SPD	Wir stärken die Jugendberufsagentur und die Jugendberufshilfe. Wir bauen das Angebot des Dualen Studiums an OSZ aus. Wir optimieren die Berufsorientierung an Schulen, um das Matching zu verbessern. Dazu werden Maßnahmen evaluiert und besser aufeinander abgestimmt. Wir werden auf bezirklicher Ebene Projekte fördern, um Ausbildungsbetriebe zu unterstützen, zu beraten und auch hier das Matching bei der Besetzung von Ausbildungsstellen zu verbessern.
Grünen	Der Schlüssel zur Fachkräftesicherung sind gute Ausbildung und ein modernes Einwanderungsrecht. Wir stärken die Ausbildungsförderung, ermöglichen Berufsorientierung an allen Schulen und bringen die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung voran. Unternehmen bekommen mehr Hilfe, um international Arbeitskräfte zu gewinnen. Auf Bundesebene setzen wir uns weiter für neue Wege bei der Bildungs- und Arbeitsmigration ein.
CDU	Wir werden gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft eine Fachkräfteoffensive starten. Um Schüler gezielt an Ausbildungsberufe heranzuführen, werden wir für alle Schulformen das Fach „Wirtschaft-Arbeit-Technik“ einführen und Ausbildungsinhalte frühzeitig in den Stundenplan integrieren. Außerdem werden wir gezielt um ausländische Fachkräfte werben und die Einwanderungsverfahren deutlich schneller und so unbürokratisch wie möglich machen.
Linke	Die Wirtschaftsförderung des Landes Berlin unterstützt im Auftrag des Senats Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften sowie bei Training, Qualifizierung und Aufenthaltsfragen. DIE LINKE. Berlin setzt sich für die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ein, da Appelle an die Privatwirtschaft weitgehend wirkungslos geblieben sind. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. Berlin für eine verbesserte Arbeitsmarktintegration von Erwerbslosen und Geflüchteten ein.
AfD	BSO und TalenteCheck wollen wir stärken, Coaching sollte Teil der BSO werden. Partnerschaft Schule - Wirtschaft im Haushalt absichern. Das Kompetenzfeststellungsverfahren muss vor dem ersten Praktikum erfolgen. Begleitung durch die JBA bis zur Vertragsunterschrift. Für ein 11. Pflichtschuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, gegen eine Ausbildungsplatzabgabe. Zur Koordination ein Landesinstitut für berufliche Bildung gründen.
FDP	Die FDP ist gegen eine Ausbildungsumlage, da diese die Fachkräftesuche nur mehr belastet. Die Herkunft von Fachkräften spielt für uns keine Rolle, sondern nur ihr Talent und ihre Fähigkeiten. Die Förderung und Unterstützung von Fachkräften jeglicher Branchen ist das Ziel. Wir wollen Fachkräften ein schnelles Ankommen in Berlin ermöglichen. Dazu gehört die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, die das „One-Stop-Shop-Konzept“ umsetzt.



Frage 3: **Wie wollen Sie mit Ihrer Politik dazu beitragen, dass die Gewerbeflächen in Berlin erhalten bleiben?**

SPD	Mit dem Stadtentwicklungsplan Wirtschaft 2030 haben wir eine Roadmap entwickelt: Wir wollen vorhandene, noch nicht aktivierte Gewerbeflächen schnellstmöglich ertüchtigen und alle verfügbaren Flächen in einem einheitlichen Kataster erfassen. Ebenso möchten wir an die Verantwortung von privaten Immobilienträgern appellieren und das Gespräch suchen, damit bezahlbare Gewerbeflächen für die kieznahe Versorgung ermöglicht werden.
Grünen	Steigende Mieten und Flächenkonkurrenzen bedrohen Gewerbeflächen und verdrängen alte Gewerbetrieter*innen. Eine Gewerbetrieterpreisbremse und Milieuschutz für Kleingewerbe sind überfällig. Wir werden zudem versuchen, einen Gewerbetrieterdeckel auf Landesebene zu entwickeln. Neue städtische Gewerbehöfe, eine Quote für preiswerten Gewerberaum bei Neubauten und der Ankauf von geeigneten Flächen sind wichtige Instrumente für mehr bezahlbaren Gewerberaum. Dazu gehören auch der Stadtentwicklungsplan Wirtschaft und die bezirklichen Wirtschaftsflächenkonzepte.
CDU	Um die Preise gerade für Berliner Unternehmen stabil zu halten, benötigt die Stadt in erheblichem Umfang neue Gewerbeflächen. Wir streben bei größeren Bauvorhaben einen angemessenen Flächenanteil für kleine und mittlere Unternehmen an. Wir werden außerdem eine Clearingstelle für Gewerbeansiedlungen analog dem Clearingverfahren zum Bau von Wohnungen einrichten. Wir bekennen uns zum Gewerbeflächensicherungsprogramm.
Linke	DIE LINKE. Berlin setzt sich u.a. für die Ausweitung des landeseigenen Gewerbeflächenangebotes ein z.B. über den Bau landeseigener Gewerbehöfe durch die WISTA oder die Zusammenarbeit mit der BIM bei der Ertüchtigung landeseigener Gewerbegebäudestrukturen. Auch der Ankauf von Gewerbeflächen durch das Land wird fortlaufend geprüft. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE. Berlin für eine konsequente Erarbeitung von Wirtschaftsflächenkonzepten in den Bezirken ein.
AfD	Das Gewerbeflächenkataster muss transparent und für ansiedlungswillige Unternehmen öffentlich einsehbar sein. Wir wollen die „Berliner Mischung“ aus Wohnen, Gewerbe und Unterhaltung (z. B. Gastronomie) sichern und setzen uns dafür ein, dass mit einer „Willkommenspolitik“ für Investoren dauerhaft neue Unternehmen in Berlin angesiedelt werden.
FDP	Damit der Konkurrenz zwischen Gewerbeflächen und Wohnungen begegnet werden kann, werden wir Lösungen finden. Mehr Platz entsteht auch durch Nachverdichtung sowie Nutzungsänderungen. Wir wollen darüber hinaus verfügbare Gewerbeflächen in einem Gewerbeflächenkataster erfassen und die Daten öffentlich bereitstellen. Darüber hinaus Beschleunigung bei den Planungs- und Umsetzungsverfahren von bezahlbaren Gewerbehöfen und „Meister-Meilen“.



Frage 4: Was werden Sie tun, um den Wissenschaftsstandort Berlin zu stärken?

SPD	Hochschulen bekommen Mittel, um Fachkräfteausbildung, Grundlagenforschung und Innovationsentwicklung zu sichern und auszubauen. Wissenschaftliche Karrieren gestalten wir planbarer und attraktiver. Wir stehen zur BUA und zur Einstiegsstiftung. Wir entwickeln Berlin zur Smart City, um im Bereich Digitalisierung und KI wettbewerbsfähig zu sein. Wir stärken Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und fördern den Gründungsstandort.
Grünen	<p>Am Wissenschaftsstandort Berlin wird die Synergie von Wissenschaft und Wirtschaft eine zentrale Rolle in den Verhandlungen der Hochschulverträge für 2024 spielen. Zudem wollen wir Berlins 11 Zukunftsorte weiter vorantreiben und Berlin für Wissenschaftler*Innen durch Ausbildung, Weiterbildung und dem Schaffen früher Karriereperspektiven attraktiver machen.</p> <p>Den Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg wollen wir zu einem gemeinsamen Gesundheitscluster weiterentwickeln, an dem Forschung, Gesundheitswirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenkommen und neue Ideen zu Prävention und Versorgung entwickeln.</p>
CDU	<p>Wir wollen wieder eine eigene Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung einrichten und das Berliner Hochschulgesetz sowie die Hochschulverträge entschlacken. Die Exzellenzforschung werden wir mit dem Ziel verstetigen, Spitzenköpfe nach Berlin zu holen und in Berlin zu halten – z.B. durch gemeinsame S-Professuren. Digitale Instrumente und Methoden in den Bereichen Lehre und Forschung wollen wir viel stärker anwenden.</p>
Linke	DIE LINKE. Berlin wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Hochschulen, Industrieunternehmen und IT-Dienstleister in Innovationsnetzwerken noch besser vernetzt werden. Die Zusammenarbeit soll durch Forschungsk Kooperationen, Förderung von dualen Studiengängen und begleitete Abschlussarbeiten von Studierenden weiter intensiviert und bestehende Barrieren für Ausgründungen, Transfer und Patentanmeldungen aus Hochschulen sollen abgebaut werden.
AfD	Wir setzen uns für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen ein. Wissenschaftler sollen forschen statt Anträge schreiben zu müssen. Dazu hat die AfD im Abgeordnetenhaus eine zusätzliche Forschungsmilliarde gefordert. Über das BerlHG muss den Hochschulen mehr gestalterische Freiheit zugebilligt werden, wir halten an der Experimentierklausel fest. Über die Hochschulverträge sollte der Transfer aus der Wissenschaft gestärkt werden.
FDP	Wir wollen die Grundfinanzierung der Berliner Hochschulen bedarfsgerecht ausgestalten. Um Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt nach Berlin zu holen, ist Englisch als weitere Verkehrssprache anzubieten. Kooperationen der Berliner Hochschulen mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen werden wir weiter fördern, so tragen Universitäten stärker zum Wachstum des Forschungsökosystems bei.



Frage 5: **Wie wollen Sie mit Ihrer Politik die Berliner Verwaltung strukturell innerhalb der verbleibenden Legislatur modernisieren - unterstützen Sie einen Verfassungskonvent?**

SPD	In einem parteiübergreifendem Verfassungskonvent werden wir das künftige Verhältnis zwischen Senat und Bezirken neu definieren. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der Bezirksverwaltungen und der Senatsverwaltungen müssen eindeutig geregelt und zugeordnet werden. Unser Ziel ist ein digital souveränes Berlin mit einem vollständig digitalisierten Serviceangebot.
Grünen	Unser Plan trägt eine klare Handschrift: gemeinsam, gesamtstädtisch, grün! Die Modernisierung der Berliner Verwaltung ist aber nicht mit einem Federstrich vollzogen. Erste Aufgabe ist Transparenz herzustellen: im Aufgabenkatalog des AZG, in der Geschäftsverteilung des Senats sowie im Produktkatalog der Verwaltung. Drei zentrale Dokumente, die bisher wenig abgestimmt sind. Wir wollen die Verfassung ändern und ein politisches Bezirksamt einführen.
CDU	Berlin braucht eine umfassende Staats- und Verwaltungsreform. Wir werden direkt nach der Wahl einen Verfassungskonvent einberufen. Im Fokus dabei: klare Strukturen und Verantwortlichkeiten für den Senat und für die Bezirke, um Entscheidungsprozesse zu verkürzen. Es muss künftig gelten: Wo eine Aufgabe erledigt wird, gehören ohne Abstriche die gesamte Verantwortung, Ausstattung und Personal hin. „Weniger Bürokratie wagen“ muss zum Motto werden.
Linke	DIE LINKE. Berlin will Politikblockaden zwischen Land und Bezirken überwinden, indem Kompetenzen klarer zwischen Land und Bezirken abgegrenzt und Mischzuständigkeiten zurückgedrängt werden. Wir stehen zur zweistufigen Verwaltung Berlins, denn die Bezirke sind nah dran an den Problemen und Menschen. In manchen Bereichen befürworten wir mehr Kompetenzen und Durchgriffsrechte für die Landesebene, in anderen wollen wir die Bezirke aufwerten und stärken.
AfD	Berlin braucht eine klare Kompetenzzuordnung aller Zuständigkeiten zwischen Landes- und Bezirksverwaltungen bei Erhalt der zweigliedrigen Verwaltung Berlins. Ziel muss eine digital basierte, bürger-nahe und effiziente Verwaltung der kurzen Wege in einem arbeitsmotivierenden Umfeld sein. Weil eine grundlegende Reform der Berliner Verwaltung nur durch eine Verfassungsänderung zu erreichen ist, unterstützen wir die Einsetzung eines überparteilichen Verfassungskonvents.
FDP	Die bestehende Kompetenzaufteilung zwischen den Bezirksämtern und den Senatsverwaltungen soll aufgehoben werden. An ihre Stelle soll eine einstufige Verwaltung treten, die für das gesamte Stadtgebiet zuständig ist. Die durch die Straffung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse erzielbaren erheblichen Effizienzsteigerungspotenziale sollen genutzt werden, um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen.
